

Niederschrift

über die **47. öffentliche Sitzung**
der Stadtverordnetenversammlung am
Montag, 04.10.2010, 16.00 Uhr
im Sitzungssaal der Stadtverordneten, Rathaus, Kassel

Anwesende: Siehe Anwesenheitsliste

Stadtverordnetenvorsteher Jordan eröffnet die mit der Einladung vom 23. September 2010 ordnungsgemäß einberufene 47. öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedenkt die Stadtverordnetenversammlung des am 9. September 2010 überraschend verstorbenen **Rogelio Garcia Barroso**. **Rogelio Garcia Barroso** war seit 1997 ehrenamtlicher Stadtrat im Magistrat der Stadt. Mit ihm verliert die Stadt eine beliebte Persönlichkeit und einen engagierten Interessenvertreter der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Die Stadt Kassel wird Herrn Barroso ein ehrendes Andenken bewahren.

Zur Tagesordnung

Nachfolgende Tagesordnungspunkte werden abgesetzt:

- 28. Übergangmanagement Schule – Beruf**
Antrag der CDU-Fraktion
- 101.16.1770 -

Der Antrag wurde im Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung am 29. September 2010 nicht behandelt,

sowie

- 34. Wettbewerb Stadt der Wissenschaft 2012**
Antrag der CDU-Fraktion
- 101.16.1815 -

Der Antrag wurde von der Antrag stellenden Fraktion in der Sitzung des Ausschusses für Kultur am 28. September 2010 zurückgezogen.

Anträge zur Änderung bzw. Erweiterung der Tagesordnung

Stadtverordneter Boeddinghaus, Fraktion Kasseler Linke.ASG, beantragt die Erweiterung der Tagesordnung I um den Antrag seiner Fraktion betr. Mindestkriterien für rechtskonforme Ermittlung und Auszahlung der Kosten der Unterkunft nach SGB II und SGB XII, 101.16.1829.
Stadtverordneter Dr. Schnell, SPD-Fraktion, spricht dagegen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst gemäß § 10 (6) der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung (2/3 Mehrheit) bei
Zustimmung: CDU, Kasseler Linke.ASG, Stadtverordnete Yildirim
Ablehnung: SPD, B90/Grüne, FDP, Stadtverordneter Häfner
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Geschäftsordnungsantrag auf Erweiterung der Tagesordnung I um den Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG betr. Mindestkriterien für rechtskonforme Ermittlung und Auszahlung der Kosten der Unterkunft nach SGB II und SGB XII, 101.16.1829, wird **abgelehnt**.

Fraktionsvorsitzender Dr. Wett, CDU-Fraktion, beantragt die Erweiterung der Tagesordnung I um den Antrag seiner Fraktion betr. Bericht zu Problemen am Klinikum, 101.16.1896.
Stadtverordneter Friedrich, Fraktion B90/Grüne, erklärt zu Protokoll, dass seine Fraktion zwar dem Antrag nicht aber der Begründung von Dr. Wett für die Aufnahme des Antrages zustimmen wird.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst gemäß § 10 (6) der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung (2/3 Mehrheit) bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: Kasseler Linke.ASG
den

Beschluss

Dem Geschäftsordnungsantrag auf Erweiterung der Tagesordnung I um den Antrag der CDU-Fraktion betr. Bericht zu Problemen am Klinikum, 101.16.1896, wird **zugestimmt**.

Der Aufruf des Tagesordnungspunktes erfolgt nach Tagesordnungspunkt 14.

Stadtverordneter Völler, SPD-Fraktion, beantragt, Tagesordnungspunkt
20. Stärkung der Stadtwerke – gegen Verlängerung der Atom-Laufzeiten
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne
- 101.16.1790 –
aus aktuellem Anlass heute zu behandeln.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke.ASG,
Stadtverordnete Häfner und Yildirim
Ablehnung: CDU, FDP
Enthaltung: --
den

Beschluss

Dem Geschäftsordnungsantrag der SPD-Fraktion auf heutige Behandlung des Tagesordnungspunktes 20 wird **zugestimmt**.

Der Aufruf des Tagesordnungspunktes erfolgt vor Tagesordnungspunkt 15.

Stadtverordnetenvorsteher Jordan teilt mit, dass der Magistrat beantragt hat, Tagesordnungspunkt

52. Projektentwicklungsgesellschaft Kassel-Unterneustadt mbH i. L. (PEG)

Vorlage des Magistrats
- 101.16.1859 -

in nicht öffentlicher Sitzung zu behandeln. Die Abstimmung hierüber erfolgt am Punkt.

Weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung liegen nicht vor.

Stadtverordnetenvorsteher Jordan stellt die geänderte Tagesordnung fest.

Tagesordnung I

1. Einführung und Verpflichtung einer bzw. eines ehrenamtlichen Beigeordneten

Nach dem Tod von Herrn Regolio Barroso ist die Stelle eines ehrenamtlichen Stadtrates im Magistrat der Stadt Kassel neu zu besetzen.

Entsprechend dem Wahlvorschlag der Fraktion Kasseler Linke.ASG zur Wahl der ehrenamtlichen Beigeordneten in der Stadtverordnetenversammlung vom 24. April 2006 rückt für das Amt des ehrenamtlichen Beigeordneten Herr Martin Gertenbach nach.

Herr Martin Gertenbach nimmt die Wahl an.

Stadtverordnetenvorsteher Jordan führt ihn nach § 46 HGO (durch Handschlag) in sein Amt ein und verpflichtet ihn zugleich auf gewissenhafte Erfüllung seiner Aufgaben.

Oberbürgermeister Hilgen überreicht Herrn Gertenbach die Urkunde über die Berufung in sein Amt mit Wirkung vom 4. Oktober 2010.

Herr Gertenbach leistet gemäß § 72 des Hessischen Beamtengesetzes den Diensteid.

2. Mitteilungen

Stadtverordnetenvorsteher Jordan teilt mit, dass er von Pfarrer Dr. Temme gebeten wurde, die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung im Namen der Evangelischen Kirchengemeinde Kassel-Mitte zur Teilnahme am ökumenischen Gottesdienst in St. Martin am 22. Oktober herzlich einzuladen. Der Gottesdienst beginnt um 20:00 Uhr. Die Predigt hält Frau Dekanin Barbara Heinrich.

3. Vorschläge der Ortsbeiräte

Stadtverordnetenvorsteher Jordan gibt die Beschlüsse des Ortsbeirates Südstadt vom 07.09.2010 betr. Auebad sowie des Ortsbeirates Bettenhausen vom 16.09.2010 betr. Zukunft Salzmann Areal bekannt. Den Fraktionen liegt der jeweilige Auszug aus der Niederschrift vor.

4. Fragestunde

Die Frage Nr. 102.16.650 wurde von der SPD-Fraktion zurückgezogen. Die Fragen Nr. 651 bis 667 sind beantwortet.

Auf die Nachfrage von Stadtverordneten Boeddinghaus, Fraktion Kasseler Linke.ASG, zur Frage Nr. 102.16.661, wie hoch die Zahl der Mängel der montierten Fahrradbügel ist, sagt Stadtrat Dr. Lohse zu, der Frage nachzugehen.

5. Wahl der Mitglieder des Personalrates und der Stellvertreter in die Betriebskommission des Eigenbetriebes "Kasseler Entwässerungsbetrieb"

Vorlage des Magistrats
- 101.16.1836 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung wählt in die Betriebskommission des Eigenbetriebes „Kasseler Entwässerungsbetrieb“

als Mitglied

Herrn Heinz-Werner Zimmermann, Am Heiligenstock 9, 34355 Staufenberg,

und als persönlichen Vertreter

Herrn Horst Beer, Wattenbacher Str. 8, 34320 Söhrewald.“

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Dem Antrag des Magistrats betr. Wahl der Mitglieder des Personalrates und der Stellvertreter in die Betriebskommission des Eigenbetriebes "Kasseler Entwässerungsbetrieb", 101.16.1836, wird **zugestimmt**.

6. Wahl einer Schiedsperson für den Bezirk XII - Kassel-Philippinenhof-Warteberg -

Vorlage des Magistrats
- 101.16.1845 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung wählt Herrn Ralf Pfeiffer, geb. 04.12.1950 in Kassel, Beruf: Kaufm. Angestellter, wh. Weidestraße 20 in 34127 Kassel als Schiedsperson für den Bezirk XII - Kassel-Philippinenhof-Warteberg - für die nächste Amtsperiode.“

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Dem Antrag des Magistrats betr. Wahl einer Schiedsperson für den Bezirk XII - Kassel-Philippinenhof-Warteberg -, 101.16.1845, wird **zugestimmt**.

7. Wahl einer Schiedsperson für den Bezirk XIX - Kassel-Niederzwehren -
Vorlage des Magistrats
- 101.16.1846 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung wählt Herrn Nikolaus Schuchhardt, geb. 22.08.1937 in Marburg/Lahn, Beruf: Hauptgeschäftsführer i. R., wh. Wilhelm-Busch-Str. 10 a in 34134 Kassel als Schiedsperson für den Bezirk XIX - Kassel-Niederzwehren - für die nächste Amtsperiode.“

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Dem Antrag des Magistrats betr. Wahl einer Schiedsperson für den Bezirk XIX - Kassel-Niederzwehren -, 101.16.1846, wird **zugestimmt**.

8. Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. IV 8-1 „Hühnerberg“
(Behandlung der Anregungen und Beschlussfassung als Satzung)
Vorlage des Magistrats
- 101.16.1826 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Dem Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. IV 8-1 „Hühnerberg“ und der Behandlung der Anregungen gemäß Ziffer 1 - 5 wird zugestimmt.
Der Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. IV 8-1 „Hühnerberg“ wird nach § 10 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen.“

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Dem Antrag des Magistrats betr. Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. IV 8-1 „Hühnerberg“ (Behandlung der Anregungen und Beschlussfassung als Satzung), 101.16.1826, wird **zugestimmt**.

- 9. Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. I/49 "Rudolf-Schwander-Straße, Spohrstraße, Kleine Rosenstraße"**
(Behandlung der Anregungen und Beschlussfassung als Satzung)
Vorlage des Magistrats
- 101.16.1830 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Dem Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. I/49 „Rudolf-Schwander-Straße, Spohrstraße, Kleine Rosenstraße“ einschließlich der Behandlung der Anregungen zu den Ziffern 1 bis 27 wird zugestimmt.

Der Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. I/49 „Rudolf-Schwander-Straße, Spohrstraße, Kleine Rosenstraße“ wird nach § 10 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen.“

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: Kasseler Linke.ASG

den

Beschluss

Dem Antrag des Magistrats betr. Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. I/49 "Rudolf-Schwander-Straße, Spohrstraße, Kleine Rosenstraße" (Behandlung der Anregungen und Beschlussfassung als Satzung), 101.16.1830, wird **zugestimmt**.

- 10. Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. B 9-SW-16 "Dauerkleingartenanlage Helleböhn"**
(Behandlung der Anregungen und Beschlussfassung als Satzung)
Vorlage des Magistrats
- 101.16.1862 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Dem Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. B 9-SW-16 „Dauerkleingartenanlage Helleböhn“. und der Behandlung der Anregungen gemäß Ziffer 1 - 5 wird zugestimmt.
Der Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. B 9-SW-16 „Dauerkleingartenanlage Helleböhn“. wird nach § 10 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen.“

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Dem Antrag des Magistrats betr. Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. B 9-SW-16 "Dauerkleingartenanlage Helleböhn" (Behandlung der Anregungen und Beschlussfassung als Satzung), 101.16.1862, wird **zugestimmt**.

**11. Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. VI/51 "Ihringshäuser Straße"
(Beschlussfassung als Satzung)**

Vorlage des Magistrats
- 101.16.1863 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Dem Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. VI/51 „Ihringshäuser Straße“ wird zugestimmt.

Der Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. VI/51 „Ihringshäuser Straße“ wird nach § 10 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen.“

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: Stadtverordnete Yildirim
den

Beschluss

Dem Antrag des Magistrats betr. Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. VI/51 "Ihringshäuser Straße" (Beschlussfassung als Satzung), 101.16.1863, wird **zugestimmt**.

**12. Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. IV/60 B "Ortskern Harleshausen"
(Behandlung der Anregungen und Beschlussfassung als Satzung)**

Vorlage des Magistrats
- 101.16.1864 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Dem Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. IV/60B „Ortskern Harleshausen“, einschließlich der Behandlung der Anregungen zu den Ziffern 1 bis 11, wird zugestimmt.

Der Geltungsbereich wird wie folgt begrenzt:

- Im Norden durch eine Linie 5 m nördlich der Kronenstraße und der nördlichen Parzellengrenze des Flurstücks 31/1;
- im Osten durch die östlichen Parzellengrenzen der Flurstücke 31/1, 31/2, 30/3, 30/4 und 17/13 und deren Verlängerung parallel zur Helmarshäuser Straße;
- im Süden durch die Straßenmitte der Niederfeldstraße und der Wolfhager Straße;
- im Westen durch die Straßenmitte der Obervellmarer Straße.

Folgende Anregungen werden zur Kenntnis genommen:

Ziffer 2	mit Schreiben vom 30. November 2009
Ziffer 4	mit Schreiben vom 10. November 2009
Ziffer 6	mit Schreiben vom 25. November 2009
Ziffer 7	mit Schreiben vom 16. November 2009
Ziffer 8, Nr. 1d	mit Schreiben vom 3. Dezember 2009
Ziffer 11, Nr. 3	mit Schreiben vom 26. Februar 2010

Folgende Anregungen werden berücksichtigt:

Ziffer 2	mit Schreiben vom 30. November 2009
Ziffer 5, Nr. 2,3 und 4	mit Schreiben vom 3. Dezember 2009
Ziffer 8, Nr. 4 und 7	mit Schreiben vom 3. Dezember 2009

Folgende Anregungen werden zum Teil berücksichtigt:

Ziffer 5, Nr. 1	mit Schreiben vom 3. Dezember 2009
Ziffer 9, Nr. 2	mit Schreiben vom 3. Dezember 2009
Ziffer 11, Nr. 4	mit Schreiben vom 26. Februar 2010

Folgenden Anregungen wird nicht gefolgt:

Ziffer 8, Nr. 1a, 1b, 1c, 1e, 2a, 2b, 2c, 3	mit Schreiben vom 3. Dezember 2009
Ziffer 9, Nr. 1, 3 und 4	mit Schreiben vom 3. Dezember 2009
Ziffer 11, Nr. 1 und 2	mit Schreiben vom 26. Februar 2010

Der Plan wird nach der erfolgten Offenlage wie folgt ergänzt:

Bebauungsplan:

1. Die Festsetzung durch Text (FdT) 3 (Dachflächen von neu zu errichtenden Garagen und Nebenanlagen...) wird den baurechtlichen Festsetzungen unter Nr. 7.4 und 7.5 zugeordnet. Zur Konkretisierung der Stellplatzsatzung wird die FdT 3 neu eingefügt: „Ebenerdige, nicht überdachte Stellplätze sind so herzustellen, dass Regenwasser versickern kann z. B. in Form von breittufigem Pflaster, Rasenfugenpflaster, Schotterrasen, wassergebundenen Decken. Ergänzend kann die Entwässerung der Flächen in angrenzende Pflanzflächen erfolgen.“
2. Die FdT 5.1 zu „Feuerungsanlagen“ wird entsprechend der Ziffer 5, Nr. 1 der Stellungnahmen ergänzt.
3. In der FdT 5.3 zu „passive Lärmschutzmaßnahmen“ wird eine Tabelle mit einzuhaltenden resultierenden Schalldämm-Maßen an Fassaden der Wolfhager-, Obervellmarer-, Helmarshäuser- und Kronenstraße eingefügt.
4. Als FdT 7.1 wird auf Vorschlag Betroffener eine neue Festsetzung entsprechend der Ziffer 9, Nr. 2 der Stellungnahmen eingefügt.
5. Als FdT 7.5 wird zur Konkretisierung der FdT 7.1 neu eingefügt: „Begrünte Dächer müssen eine Vegetationsschicht (durchwurzelbare Schicht) von mindestens 8 cm Dicke haben und dauerhaft erhalten werden.“
6. Unter „Hinweise“ wird ein Verweis auf die Gültigkeit der jeweils aktuellen Baumschutzsatzung ergänzt.
7. Unter „Hinweise“ wird ein Verweis auf den Denkmalschutz der „Gesamtanlage Am Kirchhof und Grebenstraße“ eingefügt.
8. In der Plandarstellung werden die nachrichtlich dargestellten Einzeldenkmale wie folgt aktualisiert: Die Gebäude Wolfhager Straße 370, 376, Grebenstraße 10, Helmarshäuser Straße 6, 12 sind keine Einzeldenkmäler mehr. Die Gebäude Am Kirchhof 2, 6 und Kronenstraße 13, 15 sind Einzeldenkmäler, die bisher nicht dargestellt waren.

Begründung

9. Nr. 2.1.3:
Der Planungsstand des Flächennutzungsplanes wird entsprechend der Ziffer 2 der Stellungnahmen ergänzt.
10. Nr. 2.2.1:
Die Angabe der Einzeldenkmale und der Hinweis auf die Gesamtanlage wird aktualisiert.
11. Nr. 2.4.3:
Der Text „Verunreinigung des Erdreiches“ wird entsprechend Ziffer 5, Nr. 4 der Stellungnahmen angepasst.

12. Nr. 5.3.1:

Die Begründung zur Verwendung luftverunreinigender Stoffe (Brennstoffe für Feuerungsanlagen) wird entsprechend der FdT 5.1 überarbeitet.

13. Nr. 5.3.3:

Der Begründungstext zu den Schallimmissionen wird entsprechend der FdT 5.3 überarbeitet.

Umweltbericht

14. Nr. 3.1:

Der Planungsstand des Landschaftsplanes wird entsprechend Ziffer 2 der Stellungnahmen aktualisiert.

Der Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. IV/60B „Ortskern Harleshausen“ wird nach § 10 Baugesetzbuch als Satzung beschlossen.“

Stadtrat Dr. Lohse beantwortet die in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Verkehr am 30.09.2010 offen gebliebenen Fragen.

Im Rahmen der Diskussion beantragt Fraktionsvorsitzender Domes, Kasseler Linke.ASG, den Antrag erneut in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr zu überweisen. Stadtverordneter Beig, Fraktion B90/Grüne, und Stadtverordneter Rudolph, SPD-Fraktion sprechen dagegen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: Kasseler Linke.ASG, Stadtverordnete Yildirim

Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, FDP, Stadtverordneter Häfner

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Geschäftsordnungsantrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG auf erneute Überweisung des Antrages in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr wird **abgelehnt**.

Stadtverordnetenvorsteher Jordan stellt den Antrag des Magistrats zur Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: SPD, CDU, B90/Grüne, FDP, Stadtverordneter Häfner

Ablehnung: Kasseler Linke.ASG, Stadtverordnete Yildirim

Enthaltung: --

den

Beschluss

Dem Antrag des Magistrats betr. Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. IV/60 B "Ortskern Harleshausen" (Behandlung der Anregungen und Beschlussfassung als Satzung), 101.16.1864, wird **zugestimmt**.

13. Bildungsberatungsbüros

Antrag der SPD-Fraktion

- 101.16.1474 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat möge prüfen, ob im Rahmen der Initiative Hessencampus Kassel (HCK) stadtteilorientiert eine trägerunabhängige und niedrig-schwellige Bildungsberatung eingerichtet werden kann. Dafür eignen sich die Stadtteile Oberzwehren (Brückenhof), Süsterfeld-Helleböhn (Ortsteil Helleböhn), Bettenhausen und Forstfeld, um Bildungsberatungsbüros einzurichten. Dabei sind als Standorte die von der GWH und GWG eingerichteten Mieterbüros mit in die Prüfung einzubeziehen.

➤ **Änderungsantrag CDU**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat möge prüfen, ob im Rahmen der Initiative Hessencampus Kassel (HCK) **die Volkshochschule Region Kassel** stadtteilorientiert eine trägerunabhängige und niedrig-schwellige Bildungsberatung **durchführen** kann. Dafür eignen sich die Stadtteile Oberzwehren (Brückenhof), Süsterfeld-Helleböhn (Ortsteil Helleböhn), Bettenhausen und Forstfeld. **Die Bildungsberatung sollte auch in Schulen, Stadtteilbüros und Bürgerhäusern stattfinden.** Dabei sind als Standorte die von der GWH und GWG eingerichteten Mieterbüros mit in die Prüfung einzubeziehen.

Stadtverordneter Strube zieht den Änderungsantrag seiner Fraktion zurück.

Im Rahmen der Diskussion ändert Stadtverordneter Hartig, SPD-Fraktion, den Antrag seiner Fraktion:

➤ **Geänderter Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat möge prüfen, ob im Rahmen der Initiative Hessencampus Kassel (HCK) stadtteilorientiert eine trägerunabhängige und niedrig-schwellige Bildungsberatung **unter Einbeziehung der Volkshochschule** eingerichtet werden kann. Dafür eignen sich die Stadtteile Oberzwehren (Brückenhof), Süsterfeld-Helleböhn (Ortsteil Helleböhn), Bettenhausen und Forstfeld, um Bildungsberatungsbüros einzurichten. Dabei sind als Standorte die von der GWH und GWG eingerichteten Mieterbüros mit in die Prüfung einzubeziehen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: Kasseler Linke.ASG, FDP
den

Beschluss

Dem geänderten Antrag der SPD-Fraktion betr. Bildungsberatungsbüros, 101.16.1474, wird **zugestimmt**.

- 14. Umfang verfallener Gelder zur Qualifikation Arbeitsloser**
Anfrage der Fraktion Kasseler Linke.ASG
- 101.16.1497 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

Wie viel Geld, welches seitens der Bundesagentur für Arbeit für die Förderung und Qualifizierung arbeitsloser Menschen seit 1.1.2005 zur Verfügung gestellt wurde, hat die AFK der Stadt Kassel ungenutzt gelassen?

Die Aufstellung bitte nach Jahren Gesamtsumme / ungenutzte Summe differenzieren.

Stadtverordnetenvorsteher Jordan erklärt die Anfrage nach Beantwortung durch Stadtkämmerer Dr. Barthel für erledigt.

- 14.1 Bericht zu Problemen am Klinikum**
Antrag der CDU-Fraktion
- 101.16.1896 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, umfassend und detailliert über die Vorgänge am Klinikum zu berichten. Insbesondere vor dem Hintergrund der wiederholten öffentlichen Kritik an Vorstandsvorsitzendem Dr. Sontheimer und den diesbezüglichen Vorgängen wie zum Beispiel dem Streit um die Gemeinschaftspraxis für Strahlentherapie und die Entlassung von Herrn Prof. Dr. Sons soll der Magistrat darlegen, wie er im Interesse der Stadt Schaden vom Klinikum abzuwenden gedenkt.

Fraktionsvorsitzender Dr. Wett begründet den Antrag seiner Fraktion.

Bürgermeister Kaiser berichtet für den Magistrat. Stadtverordnetenvorsteher Jordan erklärt den Bericht durch den Magistrat für gegeben und den Antrag für erledigt.

- 15. Senkung der Strompreise**
Antrag der CDU-Fraktion
- 101.16.1501 -

**Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.
Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.**

- 16. Ergebnis des Gutachtens zur Abfallgebührensituation abwarten**
Antrag der CDU-Fraktion
- 101.16.1543 -

**Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.
Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.**

- 17. Kein Geld für privatisiertes Medizinstudium am Klinikum Kassel**
Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG
- 101.16.1680 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.
Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

- 18. Kosten der Unterkunft**
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne
- 101.16.1754 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.
Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

- 19. Fusion Jugendämter der Stadt und des Landkreises**
Antrag der CDU-Fraktion
- 101.16.1783 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.
Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

- 20. Stärkung der Stadtwerke - gegen Verlängerung der Atom-Laufzeiten**
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD und B90/Grüne
- 101.16.1790 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt den Protest des Deutschen Städtetages und des kommunalen Energieversorgers gegen längere Laufzeiten für Atomkraftwerke.

Die Stadtverordnetenversammlung bittet den Magistrat der Stadt Kassel, sich bei der Hessischen Landesregierung dafür einzusetzen, dass das Land über den Bundesrat eine Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke nicht zustimmt, damit der Ausbau kommunaler Kraftwerke mit hocheffizienter Kraft-Wärme-Kopplung und die weiteren Investitionen in den Ausbau der erneuerbaren Energien nicht gefährdet werden.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke.ASG, Stadtverordnete Yildirim
Ablehnung: CDU, FDP
Enthaltung: Stadtverordneter Häfner
den

Beschluss

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen von SPD und B90/Grüne betr. Stärkung der Stadtwerke - gegen Verlängerung der Atom-Laufzeiten, 101.16.1790, wird **zugestimmt**.

21. Schuldenbremse in Kassel einführen

Antrag der CDU-Fraktion
- 101.16.1791 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

22. Kostenerstattung für das Übergangsmanagement

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne
- 101.16.1810 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

Tagesordnung II (ohne Aussprache)

23. Keine Gebühren für Straßenmusik

Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG
- 101.16.1484 -

➤ **Geänderter Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadt Kassel verzichtet auf die Ausstellung von Sondernutzungsgenehmigungen **und Erhebung von Gebühren für Kleinkunst und Straßenmusik.**

Die Satzung über die Sondernutzung an öffentlichen Straßen im Gebiet der Stadt Kassel und über Sondernutzungsgebühren (Sondernutzungs- und Sondernutzungsgebührensatzung) wird entsprechend geändert. Die Gebühren zu den Ziffern 4.11 und 4.12 der Gebührengruppe IV werden gestrichen.

➤ **Änderungsantrag der SPD-Fraktion**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten folgenden Beschluss zu fassen:

Im ersten Satz des geänderten Antrages werden die Worte

„Ausstellung von Sondernutzungsgenehmigungen und“

gestrichen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: SPD, CDU, B90/Grüne, Stadtverordneter Häfner

Ablehnung: Kasseler Linke.ASG, FDP, Stadtverordnete Yildirim

Enthaltung: --

den

Beschluss

Dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG betr. Keine Gebühren für Straßenmusik, 101.16.1484, wird **zugestimmt**.

➤ **Durch Änderungsantrag der SPD-Fraktion geänderter Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadt Kassel verzichtet auf die Erhebung von Gebühren für Kleinkunst und Straßenmusik. Die Satzung über die Sondernutzung an öffentlichen Straßen im Gebiet der Stadt Kassel und über Sondernutzungsgebühren (Sondernutzungs- und Sondernutzungsgebührensatzung) wird entsprechend geändert. Die Gebühren zu den Ziffern 4.11 und 4.12 der Gebührengruppe IV werden gestrichen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Dem durch Änderungsantrag der SPD-Fraktion geänderten Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG betr. Keine Gebühren für Straßenmusik, 101.16.1484, wird **zugestimmt**.

24. Rücknahme der Logistikgebühr für Sperrmüll und Grünabfall

Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG

- 101.16.1650 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Logistikgebühr in der Abfallwirtschafts- und –gebührensatzung wird mit Wirkung zum 1.7.2010 zurückgenommen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: Kasseler Linke.ASG, FDP, Stadtverordnete Häfner und Yildirim

Ablehnung: SPD, B90/Grüne

Enthaltung: CDU

den

Beschluss

Der Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG betr. Rücknahme der Logistikgebühr für Sperrmüll und Grünabfall, 101.16.1650, wird **abgelehnt**.

25. **Öffnung von städtischen Räumen für politische Initiativen**

Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG

- 101.16.1699 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert sicher zu stellen, dass in allen städtischen Räumen, bzw. in allen von der Stadt mit Investitions- oder Betriebskostenzuschüssen getragenen Bürgerräumen politische Initiativen und Gruppierungen neben allen anderen Gruppierungen ebenfalls Anmietungen vornehmen können.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: Kasseler Linke.ASG, Stadtverordnete Häfner und Yildirim

Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, FDP

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG betr. Öffnung von städtischen Räumen für politische Initiativen, 101.16.1699, wird **abgelehnt**.

26. **Nutzung von Parkscheinen als Fahrscheine**

Antrag der CDU-Fraktion

- 101.16.1741 -

➤ **Geänderter Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten **zu prüfen, ob** alle Parkscheine, die an den städtischen Parkscheinautomaten im so genannten Innenstadtquadranten gelöst werden, für die Dauer ihrer Gültigkeit gleichzeitig zu Fahrkarten zur Nutzung des Öffentlichen Personennahverkehrs im Stadtnetz Kassel werden.

Für die Möglichkeit der Nutzung des ÖPNV wird ein Teil der eingenommenen Parkgebühr zur Zahlung der Leistung an den Träger des Verkehrs gezahlt. Die bisherige Höhe der Parkgebühren **sollte unverändert bleiben**. Das Prüfergebnis ist im Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr vorzustellen, insbesondere im Hinblick auf verkehrliche und finanzielle Folgen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: SPD, CDU, B90/Grüne, FDP

Ablehnung: Kasseler Linke.ASG, Stadtverordnete Häfner und Yildirim

Enthaltung: --

den

Beschluss

Dem Antrag der CDU-Fraktion betr. Nutzung von Parkscheinen als Fahrscheine, 101.16.1741, wird **zugestimmt**.

27. Berufsschulen in der Region

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne
- 101.16.1767 -

➤ Geänderter gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung führt gemeinsam mit dem entsprechenden Ausschuss des Landkreises Kassel eine gemeinsame Sitzung durch.
Dazu sollen Vertreter/innen des Schulträgers der Stadt Kassel und Landkreises Kassel sowie das Staatliche Schulamt eingeladen werden, um gemeinsam zukünftige schulorganisatorische Maßnahmen zu erörtern.

Dabei sollen folgende Fragen erörtert werden:

- Was bedeutet die Umwandlung der beruflichen Schulen in Kompetenzzentren?
- Welche Rahmenbedingungen sind erforderlich, wenn Berufliche Schulen **Selbständige Berufliche Schulen (SBS-Schulen)** werden wollen?
- Welche Kriterien der Zuordnung von Bezirks-, Landes- und Bundesfachklassen gibt es und gibt es Absprachen zwischen den beruflichen Schulen in Stadt und Landkreis?
Sind Kooperation der beruflichen Schulen und Ausbildungsschwerpunkte in der Region erforderlich und geplant?
- Sind neue Schulformen und Fachrichtungen in Zukunft geplant und wie erfolgt die Abstimmung zwischen Stadt und Landkreis?
- Wie können Konkurrenzsituationen der beruflichen Schulen in Stadt und Landkreis vermieden werden und gleichzeitig die Schulstandorte gestärkt werden?
- Wie sind die beruflichen Schulen in den Hessencampus Kassel eingebunden?
- Wie sind die beruflichen Schulen im Übergangmanagement eingebunden?

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke.ASG, FDP

Ablehnung: CDU, Stadtverordneter Häfner

Enthaltung: Stadtverordnete Yildirim
den

Beschluss

Dem geänderten gemeinsamen Antrag der Fraktionen von SPD und B90/Grüne betr. Berufsschulen in der Region, 101.16.1767, wird **zugestimmt**.

28. Übergangmanagement Schule - Beruf

Antrag der CDU-Fraktion
- 101.16.1770 -

Abgesetzt

29. Standorte Notarztsysteme

Antrag der CDU-Fraktion
- 101.16.1792 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, bei der anstehenden Neuorganisation des Rettungsdienstes in Kassel die Standorte der einzelnen Notarztsysteme so festzulegen, dass die notärztliche Versorgung des Kasseler Ostens nicht länger gegenüber den westlichen Stadtteilen vernachlässigt wird. In den östlichen Stadtteilen wird an geeigneter Stelle ein Notarztsystem stationiert, dass die gesetzliche Hilfsfrist des Hessischen Rettungsdienstgesetzes besser als bisher beachtet.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: CDU, FDP, Stadtverordneter Häfner

Ablehnung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke.ASG, Stadtverordnete Yildirim

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Antrag der CDU-Fraktion betr. Standorte Notarztsysteme, 101.16.1792, wird **abgelehnt**.

30. Musikschule Kassel e. V.

Antrag der FDP-Fraktion

- 101.16.1794 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass die Musikschule Kassel sobald wie möglich einen festen Standort in zentraler öffentlicher zugänglicher Lage erhält.

➤ Änderungsantrag der SPD-Fraktion

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass die Musikschule Kassel sobald **die Haushaltslage es zulässt** einen festen Standort in zentraler öffentlicher zugänglicher Lage erhält.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne

Ablehnung: CDU, Kasseler Linke.ASG, FDP, Stadtverordnete Häfner und Yildirim

Enthaltung: --

den

Beschluss

Dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Antrag der FDP-Fraktion betr. Musikschule Kassel e. V., 101.16.1794, wird **zugestimmt**.

➤ Durch Änderungsantrag der SPD-Fraktion geänderter Antrag der FDP-Fraktion

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass die Musikschule Kassel sobald **die Haushaltslage es zulässt** einen festen Standort in zentraler öffentlicher zugänglicher Lage erhält.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: SPD, B90/Grüne
Ablehnung: CDU, FDP, Stadtverordneter Häfner
Enthaltung: Kasseler Linke.ASG, Stadtverordnete Yildirim
den

Beschluss

Dem durch Änderungsantrag der SPD-Fraktion geänderten Antrag der FDP-Fraktion betr. Musikschule Kassel e. V., 101.16.1794, wird **zugestimmt**.

31. Satzung für das Jugendamt der Stadt Kassel

Vorlage des Magistrats
- 101.16.1796 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Satzung für das Jugendamt der Stadt Kassel in der aus der Anlage zu dieser Vorlage ersichtlichen Fassung.“

➤ **Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Satzung für das Jugendamt der Stadt Kassel wird im § 4 Mitglieder, auf Seite 3, wie folgt ergänzt:

(2) Beratende Mitglieder entsenden

a) ...

c) die jüdische Kultusgemeinde einen Vertreter oder eine Vertreterin

d) die in Kassel ansässigen e. V. Moschee-Vereine einen gemeinsamen Vertreter oder eine gemeinsame Vertreterin

e) der Präsident/die Präsidentin des Amtsgerichts...

Die nachfolgende Aufzählung ändert sich entsprechend.“

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: Kasseler Linke.ASG
Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, FDP, Stadtverordneter Häfner
Enthaltung: Stadtverordnete Yildirim
den

Beschluss

Der Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG zum Antrag des Magistrats betr. Satzung für das Jugendamt der Stadt Kassel, 101.16.1796, wird **abgelehnt**.

➤ **Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 23.09.2010**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Satzung für das Jugendamt der Stadt Kassel wird im § 4 Mitglieder, auf Seite 3, wie folgt ergänzt:

(2) Beratende Mitglieder entsenden

a) ...

c) die jüdische Kultusgemeinde einen Vertreter oder eine Vertreterin

d) die in Kassel ansässigen Moschee-Vereine einen gemeinsamen Vertreter oder eine gemeinsame Vertreterin

e) der Präsident/die Präsidentin des Amtsgerichts...

Die nachfolgende Aufzählung ändert sich entsprechend.“

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: Stadtverordnete Yildirim
den

Beschluss

Dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Antrag des Magistrats betr. Satzung für das Jugendamt der Stadt Kassel, 101.16.1796, wird **zugestimmt**.

➤ **Durch Änderungsantrag der SPD-Fraktion geänderter Antrag des Magistrats**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Satzung für das Jugendamt der Stadt Kassel in der aus der Anlage zu dieser Vorlage ersichtlichen **und in der in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 4. Oktober 2010 erarbeiteten Fassung.**“

Nachrichtlich:

(Erarbeitete Fassung der Stadtverordnetenversammlung:

„Die Satzung für das Jugendamt der Stadt Kassel wird im § 4 Mitglieder, auf Seite 3, wie folgt ergänzt:

(2) Beratende Mitglieder entsenden

a) ...

c) die jüdische Kultusgemeinde einen Vertreter oder eine Vertreterin

d) die in Kassel ansässigen Moschee-Vereine einen gemeinsamen Vertreter oder eine gemeinsame Vertreterin

e) der Präsident/die Präsidentin des Amtsgerichts...

Die nachfolgende Aufzählung ändert sich entsprechend.“)

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: Stadtverordneter Häfner, Stadtverordnete Yildirim
den

Beschluss

Dem durch Änderungsantrag der SPD-Fraktion geänderten Antrag des Magistrats betr. Satzung für das Jugendamt der Stadt Kassel, 101.16.1796, wird **zugestimmt**.

32. Bebauungspläne als städtebauliches Steuerungsinstrument nutzen

Antrag der CDU-Fraktion

- 101.16.1812 -

➤ **Geänderter Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, in enger Abstimmung mit allen Ortsbeiräten zukünftig rechtzeitig Bebauungspläne als städtebauliches Steuerungsmittel zur Verhinderung nicht erwünschter bzw. der Entwicklung von städtischen Quartieren abträglicher Nutzungen einzusetzen. Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr ist über alle die Gebiete zu informieren, in denen möglicher Handlungsbedarf wegen veralteter bzw. fehlender Bebauungspläne besteht.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: SPD, CDU, B90/Grüne, Kasseler Linke.ASG,
FDP, Stadtverordneter Häfner

Ablehnung: Stadtverordnete Yildirim

Enthaltung: --

den

Beschluss

Dem geänderten Antrag der CDU-Fraktion betr. Bebauungspläne als städtebauliches Steuerungsinstrument nutzen, 101.16.1812, wird **zugestimmt**.

33. Kreuzungsumbau Loßbergstraße vorstellen

Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG

- 101.16.1813 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, das Straßenumbau und –erweiterungsvorhaben Loßbergstraße spätestens im November im Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr vorzustellen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Dem Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG betr. Kreuzungsumbau Loßbergstraße vorstellen, 101.16.1813, wird **zugestimmt**.

34. Wettbewerb Stadt der Wissenschaft 2012

Antrag der CDU-Fraktion

- 101.16.1815 -

Abgesetzt.

35. Vorhabenbezogener Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. III/72 "Kurhausstraße 28/30"

(Offenlegungsbeschluss)

Vorlage des Magistrats

- 101.16.1822 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Dem Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes der Stadt Kassel Nr. III/72 „Kurhausstraße 28/30“ wird zugestimmt.“

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: SPD, CDU, FDP, Stadtverordneter Häfner

Ablehnung: Kasseler Linke.ASG

Enthaltung: B90/Grüne, Stadtverordnete Yildirim

den

Beschluss

Dem Antrag des Magistrats betr. Vorhabenbezogener Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. III/72 "Kurhausstraße 28/30" (Offenlegungsbeschluss), 101.16.1822, wird **zugestimmt.**

36. Klimafunktionskarte Zweckverband Raum Kassel

Antrag der Fraktion B90/Grüne

- 101.16.1827 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten, in einer der nächsten Sitzungen des Umweltausschusses die „Klimafunktionskarte Zweckverband Raum Kassel 2009“ vorstellen zu lassen.

Dabei soll auch auf folgende Fragen eingegangen werden:

1. Wozu wird die Klimaanalyse gebraucht?
2. In welchen Gremien wird sie vorgestellt?
3. Welcher Einfluss wird der Karte in Bezug auf Planungsvorhaben eingeräumt?
4. Inwiefern spiegelt die Klimakarte den (zu erwartenden) Klimawandel wider?

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Dem Antrag der Fraktion B90/Grüne betr. Klimafunktionskarte Zweckverband Raum Kassel, 101.16.1827, wird **zugestimmt**.

37. Feststellung des Jahresabschlusses 2009 für den Kasseler Entwässerungsbetrieb - Eigenbetrieb der Stadt Kassel

Vorlage des Magistrats
- 101.16.1831 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der testierte Jahresabschluss per 31.12.2010 des Kasseler Entwässerungsbetriebes wird festgestellt. Über die Gewinnverwendung wird wie folgt entschieden:

1. Der Gewinn des Geschäftsjahres 2009 i.H.v. 1.922.245,01 Euro ist auf neue Rechnung des Jahres 2010 vorzutragen,
2. von dem Gewinnvortrag 2009 i.H.v. 3.898.850,14 Euro sind 780.000,00 Euro an die Stadt Kassel als Eigenkapitalverzinsung abzuführen und 3.118.850,14 Euro der Rücklage Abwasser zuzuführen. Der Rücklage Abscheider sind 61.340,75 Euro zu entnehmen und der Rücklage Abwasser zuzuführen.“

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: Stadtverordnete Häfner und Yildirim
den

Beschluss

Dem Antrag des Magistrats betr. Feststellung des Jahresabschlusses 2009 für den Kasseler Entwässerungsbetrieb - Eigenbetrieb der Stadt Kassel, 101.16.1831, wird **zugestimmt**.

38. Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. VIII/71 „Am Kranichholz“ (Aufstellungsbeschluss)

Vorlage des Magistrats
- 101.16.1837 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Für den Bereich westlich der Straße „Am Kranichholz“ bis zu einer Tiefe von 50,00 m und südlich des Grundstücks Am Kranichholz 12 bis zum Wegeflurstück Gemarkung Niederzwehren, Flur 23, Flurstück 63 soll ein Bebauungsplan gemäß § 30 Baugesetzbuch aufgestellt werden.“

Ziel und Zweck der Planung ist die planungsrechtliche Absicherung und städtebauliche Ordnung einer Bebauung westlich der Straße „Am Kranichholz“ in einer Bautiefe.“

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: SPD, CDU, B90/Grüne, FDP, Stadtverordneter Häfner
Ablehnung: Kasseler Linke.ASG, Stadtverordnete Yildirim
Enthaltung: --
den

Beschluss

Dem Antrag des Magistrats betr. Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. VIII/71 „Am Kranichholz“ (Aufstellungsbeschluss), 101.16.1837, wird **zugestimmt**.

Während der Behandlung des Tagesordnungspunktes 39 hat Stadtverordnete Fürsch, Fraktion B90/Grüne, wegen Interessenwiderstreits den Sitzungssaal verlassen.

- 39. Vorhabenbezogener Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. III/2 „Ahrensbergstraße 21-23“
(Aufstellungsbeschluss)
Vorlage des Magistrats
- 101.16.1838 -**

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Für den Bereich westlich der Firnsbachstraße und südlich der Ahrensbergstraße für die Grundstücke Ahrensbergstraße 21 – 23 soll ein vorhabenbezogener Bebauungsplan gemäß § 13a Baugesetzbuch aufgestellt werden.

Ziel und Zweck der Planung ist die planungsrechtliche Absicherung der Erweiterung des Stiftsheims an der Ahrensbergstraße.“

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Dem Antrag des Magistrats betr. Vorhabenbezogener Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. III/2 „Ahrensbergstraße 21-23“ (Aufstellungsbeschluss), 101.16.1838, wird **zugestimmt**.

- 40. Härtefallregelung Winterdienstsatzung
Antrag der CDU-Fraktion
- 101.16.1839 -**

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, die Winterdienstsatzung der Stadt Kassel um eine Härtefallklausel folgenden Inhaltes:

„Befreiungen von der Verpflichtung zum Winterdienst können ganz oder teilweise dann auf besonderen Antrag erteilt werden, wenn auch unter Berücksichtigung des allgemeinen Wohles die Durchführung des Winterdienstes dem Pflichtigen nicht zugemutet werden kann“

zu ergänzen und diese spätestens zum Dezember 2010 in Kraft zu setzen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: CDU, FDP

Ablehnung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke.ASG,
Stadtverordnete Häfner und Yildirim

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Antrag der CDU-Fraktion betr. Härtefallregelung Winterdienstsatzung, 101.16.1839, wird **abgelehnt**.

41. Satzung zur Änderung der Satzung über die Reinigung der öffentlichen Straßen im Gebiet der Stadt Kassel (Straßenreinigungs- und -gebührensatzung) vom 16.12.1991 in der Fassung der Elften Änderung vom 08.12.2008 (Zwölfte Änderung)

Vorlage des Magistrats

- 101.16.1847 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Satzung zur Änderung der Satzung über die Reinigung der öffentlichen Straßen im Gebiet der Stadt Kassel (Straßenreinigungs- und -gebührensatzung) vom 16.12.1991 in der Fassung der Elften Änderung vom 08.12.2008 (Zwölfte Änderung) in der aus der Anlage zu dieser Vorlage ersichtlichen Fassung.“

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: SPD, CDU, B90/Grüne, Kasseler Linke.ASG, FDP, Stadtverordnete Yildirim

Ablehnung: Stadtverordneter Häfner

Enthaltung: --

den

Beschluss

Dem Antrag des Magistrats betr. Satzung zur Änderung der Satzung über die Reinigung der öffentlichen Straßen im Gebiet der Stadt Kassel (Straßenreinigungs- und -gebührensatzung) vom 16.12.1991 in der Fassung der Elften Änderung vom 08.12.2008 (Zwölfte Änderung), 101.16.1847, wird **zugestimmt**.

42. Verwaltungsstreitverfahren Stadt Kassel ./ Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung wegen Anordnung im Kreuzungsrechtsverfahren gemäß § 6 EKrG betreffend die Erneuerung der Brücke Tannenstraße

Vorlage des Magistrats
- 101.16.1848 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung stimmt gemäß § 51 Nr. 18 HGO der Beendigung des beim Verwaltungsgericht Kassel anhängigen Verwaltungsstreitverfahrens durch gerichtlichen Vergleich entsprechend der anliegenden Mediationsvereinbarung der Beteiligten zu“.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Dem Antrag des Magistrats betr. Verwaltungsstreitverfahren Stadt Kassel ./ Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung wegen Anordnung im Kreuzungsrechtsverfahren gemäß § 6 EKrG betreffend die Erneuerung der Brücke Tannenstraße, 101.16.1848, wird **zugestimmt**.

43. Satzung des Kommunalen Jugendbildungswerkes der Stadt Kassel

Vorlage des Magistrats
- 101.16.1850 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Satzung des Kommunalen Jugendbildungswerkes der Stadt Kassel in der aus der Anlage ersichtlichen Fassung.“

➤ **Änderungsantrag der CDU-Fraktion**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

§ 2, Abs. 5 der Satzung des Kommunalen Jugendbildungswerkes der Stadt Kassel wird wie folgt geändert:

„Das kommunale Jugendbildungswerk organisiert gemeinsam mit dem Kinder- und Jugendbüro des Jugendamtes projektorientierte Kinder- und Jugendbeteiligung gemäß **den gesetzlichen Bestimmungen**.“

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: Stadtverordnete Yildirim
den

Beschluss

Dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Antrag des Magistrats betr. Satzung des Kommunalen Jugendbildungswerkes der Stadt Kassel, 101.16.1850, wird **zugestimmt**.

➤ **Durch Änderungsantrag der CDU-Fraktion geänderter Antrag des Magistrats**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Satzung des Kommunalen Jugendbildungswerkes der Stadt Kassel in der aus der Anlage zu dieser Vorlage ersichtlichen **und in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 4. Oktober 2010 erarbeiteten Fassung.**“

Nachrichtlich:

(Erarbeitete Fassung der Stadtverordnetenversammlung:

§ 2, Abs. 5 der Satzung des Kommunalen Jugendbildungswerkes der Stadt Kassel erhält folgende Fassung:

„Das kommunale Jugendbildungswerk organisiert gemeinsam mit dem Kinder- und Jugendbüro des Jugendamtes projektorientierte Kinder- und Jugendbeteiligung gemäß **den gesetzlichen Bestimmungen.**“)

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Dem durch Änderungsantrag der CDU-Fraktion geänderten Antrag des Magistrats betr. Satzung des Kommunalen Jugendbildungswerkes der Stadt Kassel, 101.16.1850, wird **zugestimmt**.

- 44. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 114 g Abs. 1 HGO für das Jahr 2010; - Liste 6/2010 -**
Vorlage des Magistrats
- 101.16.1853 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung bewilligt gemäß § 114 g Abs. 1 HGO die in der beigefügten Liste 6/2010 enthaltene über- und außerplanmäßige Aufwendung / Auszahlung

im Finanzhaushalt in Höhe von 95.000,00 €“

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: SPD, CDU, B90/Grüne, FDP, Stadtverordneter Häfner
Ablehnung: Stadtverordnete Yildirim
Enthaltung: Kasseler Linke.ASG
den

Beschluss

Dem Antrag des Magistrats betr. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 114 g Abs. 1 HGO für das Jahr 2010; - Liste 6/2010 -, 101.16.1853, wird **zugestimmt**.

45. Verbesserung der ÖPNV-Anbindung Bettenhausen, Forstfeld, Waldau

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne

- 101.16.1855 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, gemeinsam mit der KVG im Rahmen der Fortschreibung des Nahverkehrsplans zu prüfen, wie eine Verbesserung der direkten Anbindung der Stadtteile Bettenhausen, Forstfeld und Waldau zur Erhöhung der Attraktivität des ÖPNV unter Beachtung der Wirtschaftlichkeit im Kasseler Osten erreicht werden kann. Die Anbindung des Forstfeldes an die Joseph-von-Eichendorff-Schule und den Friedhof Bettenhausen soll in die Betrachtung besonders einfließen.

Eine Verbesserung sollte zum nächstmöglichen Fahrplanwechsel erfolgen.

Eine Beteiligung der Öffentlichkeit im Rahmen der Abwägung von Varianten ist sicherzustellen.

Das Ergebnis ist im Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr vorzustellen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen von SPD und B90/Grüne betr. Verbesserung der ÖPNV-Anbindung Bettenhausen, Forstfeld, Waldau, 101.16.1855, wird **zugestimmt**.

46. Städtische Werke AG (STW)

Gründung der Stadtwerke Union Nordhessen (SUN)

Vorlage des Magistrats

- 101.16.1856 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Beteiligung der STW an der SUN Stadtwerke Union Nordhessen GmbH & Co. KG mit einer Kommanditeinlage in Höhe von 16.750 € (67 %) wird nach Maßgabe des beigefügten Entwurfs des Gesellschaftsvertrages (Anlage 1) zugestimmt.
2. Der Beteiligung der STW an der SUN Stadtwerke Union Nordhessen Verwaltungs GmbH mit einer Stammeinlage von 16.750 € (67 %) wird nach Maßgabe des beigefügten Entwurfs des Gesellschaftsvertrages (Anlage 2) zugestimmt.
3. Der Magistrat wird ermächtigt, die zur Umsetzung des Beschlusses erforderlichen Erklärungen in der jeweils rechtlich gebotenen Form rechtsverbindlich abzugeben. Die Ermächtigung umfasst auch die Vornahme etwaiger redaktioneller Ergänzungen, Änderungen, Streichungen oder Klarstellungen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: Stadtverordnete Yildirim
den

Beschluss

Dem Antrag des Magistrats betr. Städtische Werke AG (STW)
Gründung der Stadtwerke Union Nordhessen (SUN), 101.16.1856,
wird **zugestimmt**.

- 47. Beförderungskosten von Schülerinnen und Schülern**
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne
- 101.16.1858 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Magistrat wird aufgefordert, bei der Arbeitsförderung Kassel darauf hinzuwirken, die Übernahme der Kosten der Schülerbeförderung für Schülerinnen und Schüler aus Bedarfsgemeinschaften nach dem SGB II als besonderen Bedarf nach § 21 Abs. 6 SGB II zu prüfen, wenn eine Übernahme der Kosten nach dem Hessischen Schulgesetz nicht (mehr) vorgesehen ist.
2. Der Magistrat wird gebeten, auf die hessische Landesregierung mit dem Ziel einzuwirken, eine entsprechende Initiative im Bundesrat im Zusammenhang mit der Neuregelung der Regelleistungen zu ergreifen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: CDU
den

Beschluss

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen von SPD und B90/Grüne betr.
Beförderungskosten von Schülerinnen und Schülern, 101.16.1858, wird
zugestimmt.

**48. Inklusion in Schulen - Schule für Alle
Umsetzung der UN-Konvention, Art. 24**
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne
- 101.16.1861 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, sich bei der Hessischen Landesregierung für folgende Ziele einzusetzen.

Die Hessische Landesregierung soll umgehend ein konkretes Umsetzungskonzept für die Inklusion an Schulen entwickeln und die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen, die folgende Kernaussagen enthalten:

- Eltern entscheiden über die Wahl der Schule für ihre Kinder.
- Dem Schulträger sind angemessene Steuerungsmöglichkeiten einzuräumen.
- Lehrkräfte werden für ein inklusives Bildungssystem aus- und fortgebildet.
- Schulen werden verpflichtet, die inklusive Schule als Teil der Schulentwicklung zu begreifen und dabei unterstützt
- Das bestehende Unterstützungssystem (Schulpsychologie, Schulsozialarbeit, Schulberatung, Schulassistenten) muss weiter ausgebaut werden.
- Sonderpädagogische Förderung wird an jeder Schule fest installiert, Förderschulpädagogen unterstützen Klassenlehrer und begleiten Schulen auf dem Weg zur Inklusion.
- Alle Schülerinnen und Schüler werden individuell gefördert.
- Alle Schulen werden zügig zu Ganztagschulen ausgebaut.
- Schulische- und außerschulische Partner werden vernetzt.
- Dieses Konzept ist Bestandteil des neuen Schulgesetzes.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke.ASG, Stadtverordnete Yildirim

Ablehnung: CDU, FDP, Stadtverordneter Häfner

Enthaltung: --

den

Beschluss

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen von SPD und B90/Grüne betr. Inklusion in Schulen - Schule für Alle, Umsetzung der UN-Konvention, Art. 24, 101.16.1861, wird **zugestimmt**.

➤ **Änderungsantrag der FDP-Fraktion**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, sich bei der Hessischen Landesregierung **nach dem aktuellen Stand des konkreten Umsetzungskonzeptes für die Inklusion an Schulen zu erkundigen und hierüber im Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung zu berichten.**

Die Hessische Landesregierung soll dabei zu folgenden Punkten Stellung nehmen:

- Eltern entscheiden über die Wahl der Schule für ihre Kinder.
- Dem Schulträger sind angemessene Steuerungsmöglichkeiten einzuräumen.
- Lehrkräfte werden für ein inklusives Bildungssystem aus- und fortgebildet.
- Schulen werden verpflichtet, die inklusive Schule als Teil der Schulentwicklung zu begreifen und dabei unterstützt
- Das bestehende Unterstützungssystem (Schulpsychologie, Schulsozialarbeit, Schulberatung, Schulassistenz) muss weiter ausgebaut werden.
- Sonderpädagogische Förderung wird an jeder Schule fest installiert, Förderschulpädagogen unterstützen Klassenlehrer und begleiten Schulen auf dem Weg zur Inklusion.
- Alle Schülerinnen und Schüler werden individuell gefördert.
- Alle Schulen werden zügig zu Ganztagschulen ausgebaut.
- Schulische- und außerschulische Partner werden vernetzt.
- Dieses Konzept ist Bestandteil des neuen Schulgesetzes.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: FDP, Stadtverordneter Häfner

Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, Kasseler Linke.ASG, Stadtverordnete Yildirim

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Änderungsantrag der FDP-Fraktion zum gemeinsamen Antrag der Fraktionen von SPD und B90/Grüne betr. Inklusion in Schulen - Schule für Alle, Umsetzung der UN-Konvention, Art. 24, 101.16.1861, wird **abgelehnt**.

49. EDV-Ausstattung Goethegymnasium

Antrag der CDU-Fraktion

- 101.16.1869 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, umgehend am Goethegymnasium eine zeitgemäße und zukunftsorientierte EDV-Ausstattung in ausreichender Anzahl für modernen Informatik- und Medienunterricht zu installieren. Über den Stand der Erneuerung und Erweiterung soll regelmäßig im Ausschuss berichtet werden.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: CDU, FDP, Stadtverordneter Häfner

Ablehnung: SPD, B90/Grüne, Stadtverordnete Yildirim

Enthaltung: Kasseler Linke.ASG

den

Beschluss

Der Antrag der CDU-Fraktion betr. EDV-Ausstattung Goethegymnasium, 101.16.1869, wird **abgelehnt**.

➤ **Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, umgehend **an allen Kasseler Schulen** eine zeitgemäße und zukunftsorientierte EDV-Ausstattung in ausreichender Anzahl für modernen Informatik- und Medienunterricht zu installieren. Über den Stand der Erneuerung und Erweiterung soll regelmäßig im Ausschuss berichtet werden.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: Kasseler Linke.ASG

Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, FDP, Stadtverordneter Häfner

Enthaltung: Stadtverordnete Yildirim

den

Beschluss

Der Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG zum Antrag der CDU-Fraktion betr. EDV-Ausstattung Goethegymnasium, 101.16.1869, wird **abgelehnt**.

50. Grimm-Schätze angemessen präsentieren

Antrag der FDP-Fraktion

- 101.16.1876 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass bis zur Wiedereröffnung des Grimm-Museums im Palais Bellevue eine angemessene Präsentation von Schätzen des Grimm-Museums stattfindet.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: CDU, Kasseler Linke.ASG, FDP, Stadtverordneter Häfner

Ablehnung: SPD, B90/Grüne

Enthaltung: Stadtverordnete Yildirim

den

Beschluss

Der Antrag der FDP-Fraktion betr. Grimm-Schätze angemessen präsentieren, 101.16.1876, wird **abgelehnt**.

51. Herkulesbahn

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne

- 101.16.1880 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten, im Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr das Gutachten zur Herkulesbahn vorzustellen und hierzu eine/n Vertreter/in der KVG einzuladen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen von SPD und B90/Grüne betr. Herkulesbahn, 101.16.1880, wird **zugestimmt**.

52. Projektentwicklungsgesellschaft Kassel-Unterneustadt mbH i. L. (PEG)

Vorlage des Magistrats
- 101.16.1859 -

Der Magistrat hat beantragt, den Tagesordnungspunkt in nicht öffentlicher Sitzung zu behandeln. Eine Begründung für den Antrag auf Behandlung in nicht öffentlicher Sitzung wird nicht gewünscht.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: Kasseler Linke.ASG
den

Beschluss

Dem Antrag des Magistrats, Tagesordnungspunkt 52 betr. Projektentwicklungsgesellschaft Kassel-Unterneustadt mbH i. L. (PEG) in **nicht öffentlicher** Sitzung zu behandeln wird **zugestimmt**.

Siehe Niederschrift über den nicht öffentlichen Teil der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung.

Ende des öffentlichen Teils der Sitzung: 21:42 Uhr

Hendrik Jordan
Stadtverordnetenvorsteher

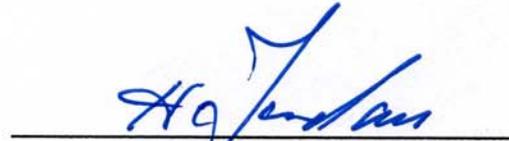
Heidi Woelk
Schriftführerin

Anwesenheitsliste

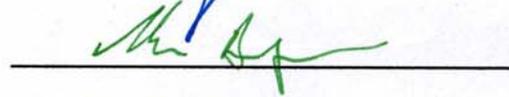
zur 47. öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am
Montag, 04.10.2010, 16.00 Uhr
im Sitzungssaal der Stadtverordneten, Rathaus, Kassel

Präsidium

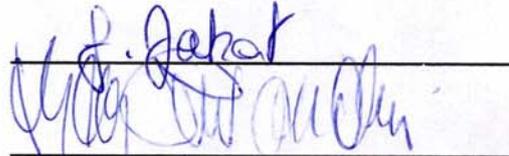
Hendrik Jordan, SPD
Stadtverordnetenvorsteher



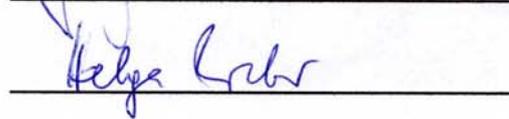
Anke Bergmann, SPD
Stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin



Gabriele Jakat, SPD
Stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin



Georg Lewandowski, CDU
Stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher



Helga Weber, B90 / Grüne
Stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin

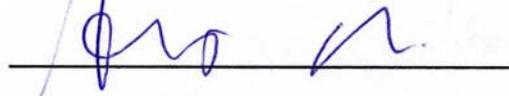


Stadtverordnete

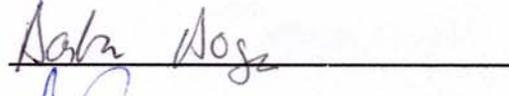
Dr. Rabani Alekuzei, SPD
Stadtverordneter



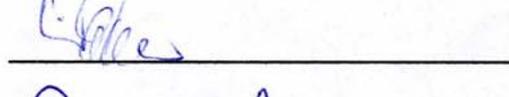
Annette Blumenschein, SPD
Stadtverordnete



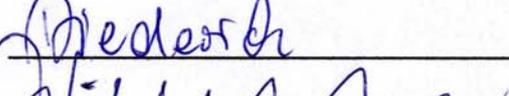
Barbara Bogdon, SPD
Stadtverordnete



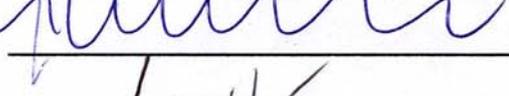
Wolfgang Decker, MdL, SPD
Stadtverordneter



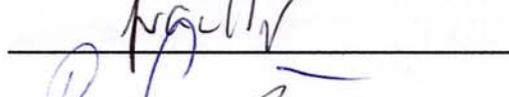
Hannelore Diederich, SPD
Stadtverordnete



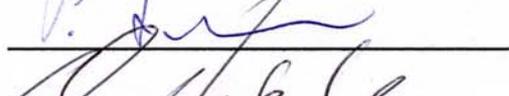
Dr. Manuel Eichler, SPD
Stadtverordneter



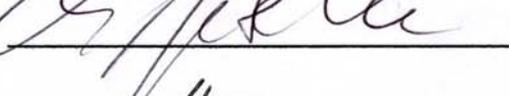
Uwe Frankenberger, MdL, SPD
Fraktionsvorsitzender



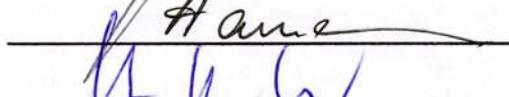
Petra Friedrich, SPD
Stadtverordnete



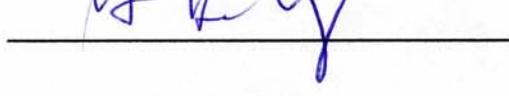
Christian Geselle, SPD
Stadtverordneter



Dr. Rainer Hanemann, SPD
Stadtverordneter



Dipl.-Ing. Hermann Hartig, SPD
Stadtverordneter



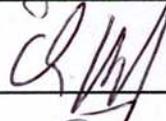
Dr. Bernd Hoppe, SPD
Stadtverordneter



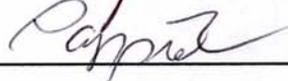
Dr. Monika Junker-John, SPD
Stadtverordneter



Christian Knauf, SPD
Stadtverordneter



Ellen Lappöhn, SPD
Stadtverordneter



Peter Liebetrau, SPD
Stadtverordneter

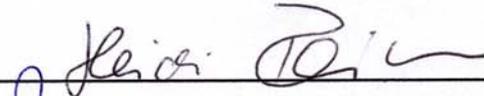


Ernst Meil, SPD
Stadtverordneter

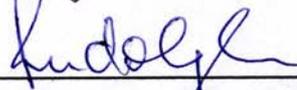
entschuldigt

Lars Ramdohr, SPD
Stadtverordneter

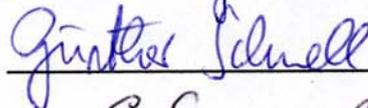
Heidemarie Reimann, SPD
Stadtverordneter



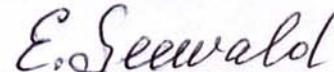
Wolfgang Rudolph, SPD
Stadtverordneter



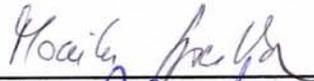
Dr. Günther Schnell, SPD
Stadtverordneter



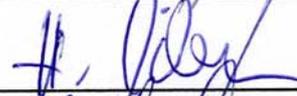
Elena Seewald, SPD
Stadtverordneter



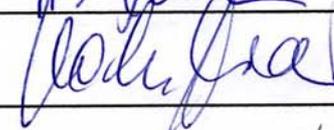
Monika Sprafke, SPD
Stadtverordneter



Harry Völler, SPD
Stadtverordneter



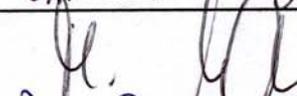
Volker Zeidler, SPD
Stadtverordneter



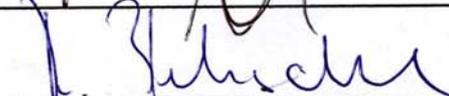
Friedhelm Alster, CDU
Stadtverordneter

entschuldigt

Michael Bathon, CDU
Stadtverordneter



Dr. Maik Behschad, CDU
Stadtverordneter



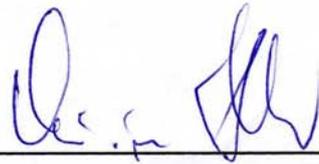
Bernd-Peter Doose, CDU
Stadtverordneter

entschuldigt

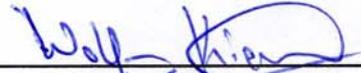
Martin Engels, MPM, CDU
Stadtverordneter



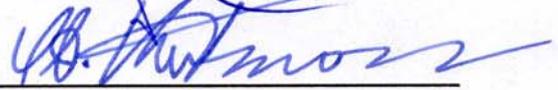
Dominique Kalb, CDU
Stadtverordneter



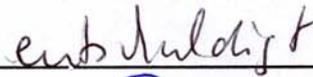
Wolfram Kieselbach, CDU
Stadtverordneter



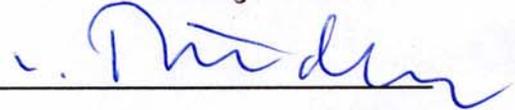
Stefan Kortmann, CDU
Stadtverordneter



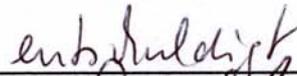
Eva Kühne-Hörmann, Staatsministerin, CDU
Stadtverordneter



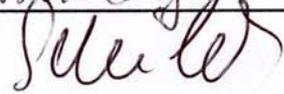
Dr. Michael von Rüden, CDU
Stadtverordneter



Sandra Rudolph, CDU
Stadtverordneter



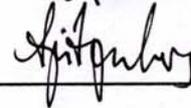
Bodo Schild, CDU
Stadtverordneter



Lutz Schmidt, CDU
Stadtverordneter



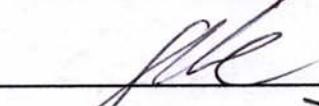
Alfons Spitzenberg, CDU
Stadtverordneter



Waltraud Stähling-Dittmann, CDU
Stadtverordneter



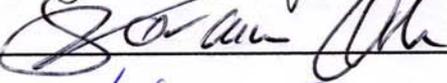
Donald Strube, CDU
Stadtverordneter



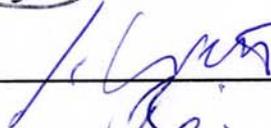
Johann Thießen, CDU
Stadtverordneter



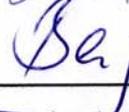
Norman Virks, CDU
Stadtverordneter



Dr. Norbert Wett, CDU
Fraktionsvorsitzender



Dieter Beig, B90 / Grüne
Stadtverordneter



Wolfgang Friedrich, B90 / Grüne
Stadtverordneter



Ruth Fürsch, B90 / Grüne
Stadtverordneter



Dr. Martina van den Hövel-Hanemann, B90 / Grüne
Stadtverordneter



Dr. Andreas Jürgens, MdL, B90 / Grüne
Stadtverordneter



Anja Lipschik, B90 / Grüne
Stadtverordnete

Anja Lipschik

Heike Mattern, parteilos
Stadtverordnete

Heike Mattern

Karin Müller, MdL, B90 / Grüne
Stadtverordnete

Karin Müller

Dr. Klaus Ostermann, B90 / Grüne
Stadtverordneter

Klaus Ostermann

Gernot Rönz, B90 / Grüne
Fraktionsvorsitzender

Gernot Rönz

Karl Schöberl, B90 / Grüne
Stadtverordneter

Karl Schöberl

Kai Boeddinghaus, Kasseler Linke.ASG
Stadtverordneter

Kai Boeddinghaus

Norbert Domes, Kasseler Linke.ASG
Fraktionsvorsitzender

Norbert Domes

Renate Gaß, Kasseler Linke.ASG
Stadtverordnete

Renate Gaß

Frank Habermann, Kasseler Linke.ASG
Stadtverordneter

Frank Habermann

Axel Selbert, Kasseler Linke.ASG
Stadtverordneter

Axel Selbert

Michael Knab, FDP
Stadtverordneter

Michael Knab

Margret Müller, FDP
Stadtverordnete

Margret Müller

Frank Oberbrunner, FDP
Fraktionsvorsitzender

Frank Oberbrunner

Gisela Schmidt, FDP
Stadtverordnete

Gisela Schmidt

Bernd Wolfgang Häfner, Freie Wähler
Stadtverordneter

Bernd Wolfgang Häfner

Nuray Yildirim, AUF Kassel
Stadtverordnete

Nuray Yildirim

Ausländerbeirat

Kamil Saygin,
Vorsitzender des Ausländerbeirats

Kamil Saygin

Magistrat

Bertram Hilgen, SPD
Oberbürgermeister

Jürgen Kaiser, SPD
Bürgermeister

Dr. Jürgen Barthel, SPD
Stadtkämmerer

Anne Janz, B90 / Grüne
Stadträtin

Dr. Joachim Lohse, parteilos
Stadtrat

Brigitte Bergholter, SPD
Ehrenamtliche Stadträtin

Heinz-Gunter Drubel, FDP
Ehrenamtlicher Stadtrat

Martin Gertenbach, Kasseler Linke.ASG
Ehrenamtlicher Stadtrat

Esther Haß, SPD
Ehrenamtliche Stadträtin

Esther Kalveram, SPD
Ehrenamtliche Stadträtin

Hermann Kirchberg, CDU
Ehrenamtlicher Stadtrat

Anita Mahrt, CDU
Ehrenamtliche Stadträtin

Annett Martin, B90 / Grüne
Ehrenamtliche Stadträtin

Hans-Jürgen Sandrock, SPD
Ehrenamtlicher Stadtrat

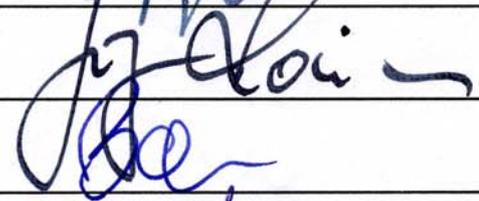
Heinz Schmidt, CDU
Ehrenamtlicher Stadtrat

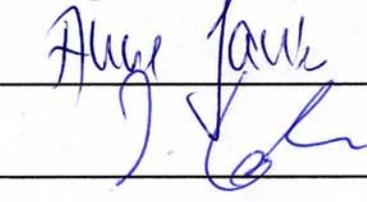
Richard Schramm, B90 / Grüne
Ehrenamtlicher Stadtrat

Hajo Schuy, SPD
Ehrenamtlicher Stadtrat

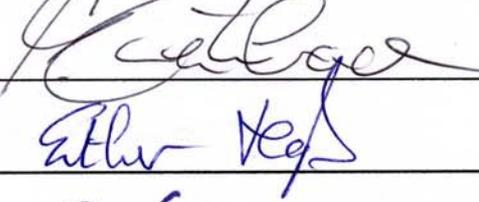
Klaus Weschbach, CDU
Ehrenamtlicher Stadtrat

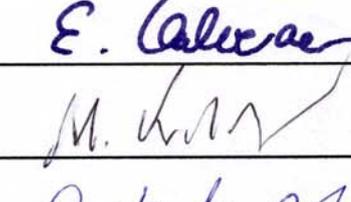


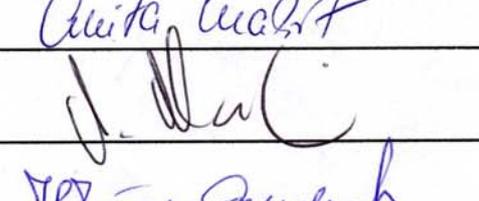


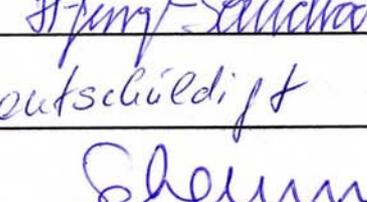


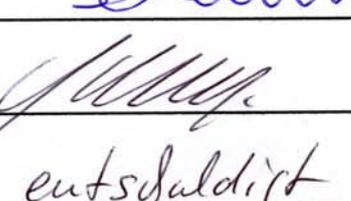


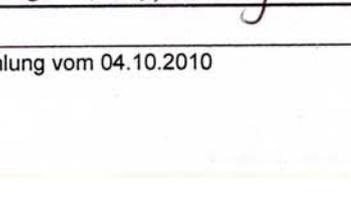














Schriftführung

Edith Schneider,
-16-

Andrea Turski,
Schriftführerin

Heidi Woelk,
Schriftführerin



Andrea Turski

Heidi Woelk
